



NIEDERSCHRIFT

26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	21. Januar 2019
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:50 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Gürkan, Benjamin
Keil, Kathrin
Sausner, Barbara
Stallmann, Jana

CDU-Fraktion

Brunner, Bernd
Köhler, Lutz bis Top 2

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Cadena Arias, Marta

FWW-Fraktion

Weldert, Kurt

Präsidium

Stadtverordnetenversammlung

Dittrich, Manfred
Pohl, Dr. Barbara

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi
Hamm, Dr. Udo
Hasenauer, Josef
Merlau, Günter

Möller, Ralf
Pohl, Edgar
Reitz-Gottschall, Angelika
Spätling-Slomka, Dorothea
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Didonna Schnellbacher, Maria

Seniorenbeirat

Götz, Gerhard

Ehrenamtlicher

Behindertenbeauftragter

Blättler, Peter

Schriftführung

Rupp, Jens

Verwaltung

Buß, Volker
Weicker, Siegfried
Wesp, Frank
Zettel, Annette

Presse

Darmstädter Echo: Wickel, Dr. Marc

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Kurt Weldert, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 3. Dezember 2018 und 6. Dezember 2018	
2. Stadtparlament im Internet - Streaming und Speicherung öffentlicher Sitzungen; Antrag der SPD-Fraktion	10/0651
3. Stärkung e-Government - Digitales Weiterstadt; gemeinsamer Antrag der SPD- und FWW-Fraktion	10/0652

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 3. Dezember 2018 und 6. Dezember 2018

Einwendungen gegen die Niederschriften vom 3. und 6. Dezember 2018 werden nicht erhoben. Sie sind somit rechtskräftig.

Tagesordnungspunkt 2

Stadtparlament im Internet - Streaming und Speicherung öffentlicher Sitzungen; Antrag der SPD-Fraktion

Drucksache: 10/0651

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22. November 2018 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Nach eingehender Beratung wird seitens der Fraktionen beantragt, dass die Drucksache bis zur Vorlage verschiedener Modelle, inkl. der damit verbundenen Kosten zum Streaming und zur Speicherung öffentlicher Sitzungen, im Ausschuss verbleibt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Möller bittet darüber hinaus alle Fraktionen die Anzahl der Personen zu benennen, die mit einer Übertragung einverstanden sind. Weiterhin sagt Bürgermeister Möller zu, den von der ALW-Fraktion vorgeschlagenen Shuttleservice zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu prüfen.

Ausschussmitglied Köhler verlässt die Sitzung.

Tagesordnungspunkt 3

Stärkung e-Government - Digitales Weiterstadt; gemeinsamer Antrag der SPD- und FWW-Fraktion

Drucksache: 10/0652

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22. November 2018 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt präsentieren die Vertreter der ekom21 die verschiedenen Möglichkeiten und Herausforderungen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Die daran anschließenden Fragen werden von den Vertretern ebenfalls beantwortet.

Die ALW-Fraktion beantragt, die Punkte 2, 3 und 4 des Beschlussvorschlags zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

3	Ja-Stimmen	(1 CDU, 2 ALW)
5	Nein-Stimmen	(1 FWW, 4 SPD)

Der Antrag wird somit abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Ein umfassendes e-Government-Konzept inklusive Umsetzungsstrategie zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens Juni 2019 vorzulegen.
In diesem Konzept sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- a. Digitalisierung von Verwaltungsprozessen mit besonderem Fokus auf Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger (Government to Citizen, G2C) sowie Unternehmen (Government to Business, G2B)
 - b. Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeiter für digitale Verwaltungsprozesse
 - c. Verwaltungsinterne digitale, papierlose Kommunikation (G2G, e-Akte etc.)
 - d. Verbesserung der digitalen Informations- und Abwicklungssysteme (Web, App etc.) und Einführung eines Open-Data-Projektes
 - e. Module für bessere Bürgerbeteiligung und Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern
 - f. Bereitstellung der benötigten IT-Infrastruktur mit Fokus auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung (sogenannte Green-IT)
 - g. Sicherheit und Datenschutz (Verschlüsselung, Cybersicherheit etc.)
 - h. Benutzungsfreundlichkeit und Barrierefreiheit (und Alternativen, falls die Barrierefreiheit nicht oder nur teilweise hergestellt werden kann)
 - i. Best-Practice-Beispiele von anderen Kommunen benennen
 - j. Möglichkeiten der Förderung durch EU, Bund und Land aufzeigen
 - k. Zeitplan zur Umsetzung inklusive Kosten- und Personalplan
2. Eine/n e-Government-Beauftragte/n zu benennen, der entsprechende Fachkompetenzen im Bereich IT, Digitales und Verwaltung mitbringt, mit entsprechenden Arbeitsstunden ausgestattet wird und die Umsetzung von e-Government vorantreibt, überwacht und die Koordination aller Tätigkeiten übernimmt.
 3. Eine Fachgruppe e-Government innerhalb der Verwaltung, ggf. auch unter Hinzuziehung von externen Experten, einzurichten, die den oder die e-Government-Beauftragte/n unterstützt.
 4. Mittel im Haushalt 2019 für Analyse, Beratung und Umsetzung der oben genannten Punkte bereitzustellen. Hierfür soll ein eigenes Konto und eine überprüfbare Kennzahl im Haushalt geschaffen werden.
 5. Über die Umsetzung der e-Government-Aktivitäten einen jährlichen Bericht anzufertigen.

Abstimmungsergebnis:

6	Ja-Stimmen	(1 CDU, 1 FWW, 4 SPD)
2	Enthaltungen	(2 ALW)

Kurt Weldert
Vorsitzender

Jens Rupp
Schriftführung